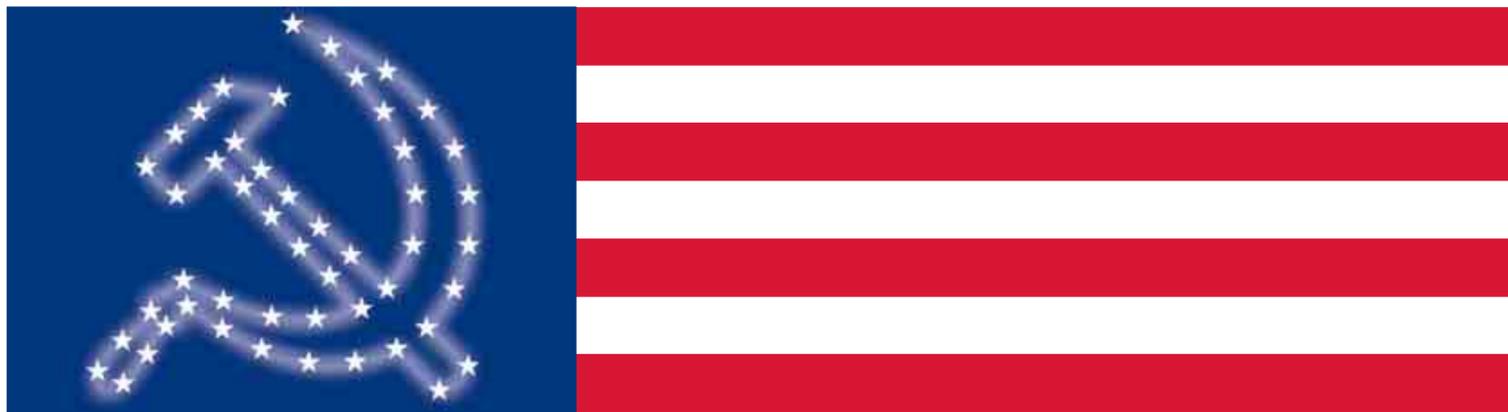


63 FEUILLETON

9. Oktober 2008 DIE ZEIT Nr. 42



Klassenkampf in Washington

Die Rettung taumelnder Banken durch den Staat wird als »Sozialismus« verteufelt.

Doch worin bestünde die Alternative? Das Gerede vom freien Markt war schon immer eine Lüge VON SLAVOJ ŽIŽEK

Niemand weiß genau, was zu tun ist.« Diesen Satz hört man in diesen Tagen besonders oft, vor allem aus dem Mund von Wirtschaftsexperten. Und warum? Weil Erwartungen längst ein Teil des kapitalistischen Spiels sind. Denn wie sich die Märkte verhalten werden, hängt nicht nur davon ab, wie viel Vertrauen die Menschen in staatliche Rettungsaktionen haben. Es hängt noch mehr davon ab, wie viel Vertrauen ihrer Meinung nach die anderen Marktteilnehmer haben werden. Deshalb lassen sich die Wirkungen von Markteingriffen nicht vorausberechnen. Der Ökonom John Maynard Keynes hat diese Selbstreferenzialität des Marktes einmal elegant auf den Punkt gebracht. Er verglich die Börse mit einem Schönheitswettbewerb, dessen Teilnehmer aus hundert Fotos die schönsten Frauen auswählen sollen; Gewinner ist, wessen Auswahl dem breiten Geschmack am nächsten kommt: »Es geht nicht darum, diejenigen auszuwählen, die man für die Schönsten hält, ja nicht einmal darum, diejenigen auszuwählen, die der Durchschnittsgeschmack am schönsten findet. Wir haben die dritte Stufe erreicht, wo wir unseren Grips bemühen müssen, um vorauszusagen, was der Durchschnittsgeschmack für den Durchschnittsgeschmack halten wird.« Oder, auf den Finanzmarkt bezogen: Wir müssen Entscheidungen treffen, ohne über das nötige Wissen zu verfügen. »Wir sind gezwungen, so zu leben, als wären wir frei.« (John Gray)

Folgen wir dem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, dann wächst unter Ökonomen die Überzeugung, eine staatliche Übernahme fauler Kredite (Bail-out) könne die Probleme nicht lösen. Dennoch sei es »für die Politiker unmöglich, in einer solchen Krise nichts zu unternehmen«. Deshalb müssten wir »beten, dass ein Plan, der sich aus genau der fatalen Mischung von Sonderinteressen, irreführenden ökonomischen Theorien und rechten Ideologien zusammensetzt, irgendwie funktioniert –

oder wenigstens keinen allzu großen Schaden anrichtet.«

Stiglitz hat recht. Märkte leben von dem, was die Marktteilnehmer glauben, und von dem, was sie glauben, dass andere Marktteilnehmer glauben. Wenn also nun alle Welt darüber grübelt, »wie die Märkte reagieren werden«, dann hängt die Antwort auf diese Frage nicht nur von den realen Auswirkungen der Maßnahmen ab, sondern davon, ob die Märkte selbst an die Wirksamkeit dieser Maßnahmen glauben. Das ist der Grund, warum sogar ein Rettungspaket, das ökonomisch unsinnig ist, am Ende funktionieren könnte.

Wenn man uns jetzt wissen lässt, wie wichtig Vertrauen und Glauben seien, müssen wir uns fragen, in welchem Maße die US-Regierung die Gefahren vergrößert, die sie zu bekämpfen vorgibt. Die rhetorische Ähnlichkeit zwischen Bushs Ansprache nach dem 11. September und der nach dem Ausbruch der Finanzkrise ist jedenfalls nicht zu übersehen. Man hat den Eindruck, zwei Fassungen derselben Rede gehört zu haben. In beiden Fällen malte Bush die Bedrohung der amerikanischen Lebensart an die Wand; in beiden Fällen forderte er, amerikanische Werte wie die Garantie der individuellen Freiheit und den Kapitalismus teilweise außer Kraft zu setzen, um genau diese Werte zu retten.

Der auf den Politikern lastende Druck, »etwas zu unternehmen und nicht bloß zu reden«, erinnert an einen magischen Zwang. Aber vielleicht verhält es sich genau andersherum? Vielleicht haben wir eher zu viel eingegriffen? Vielleicht ist es an der Zeit, Abstand zu gewinnen und dann das Richtige zu sagen. Es gibt genug, worüber wir nachdenken sollten.

Zum Beispiel über diesen Fall: Am 15. Juli griff der republikanische Senator Jim Bunning den US-Notenbank-Chef Ben Bernanke mit den Worten an, seine Vorschläge zeigten, dass »der Sozialismus in Amerika blüht und gedeiht«. Bunning damals wörtlich: »Jetzt will sich die Notenbank zum systemischen Risikoregulierer aufschwingen. Dabei ist

die Notenbank Fed selbst das systemische Risiko. Der Fed mehr Macht zu geben ist so, als gäbe man dem Burschen, der beim Baseballspielen auf der Straße Ihr Fenster zertrümmert hat, einen größeren Schläger.« Am 23. September legte Bunning nach und bezeichnete die Übernahme fauler Kredite als »unamerikanisch«.

Auch neoliberale Politiker greifen in den Markt ein, geben es aber nicht zu

Bunning war der Erste, der die Argumente hinter der republikanischen Revolte gegen den Rettungsplan öffentlich formulierte. Interessant ist dabei, dass der republikanische Widerstand gegen das Vorhaben in der Sprache des »Klassenkampfes« ausgedrückt wurde: Wall Street gegen Main Street. Warum sollten wir denen, die für das Problem verantwortlich sind, also der Wall Street, helfen und dem einfachen Hypothekenschuldner in der Main Street die ganzen Kosten dafür aufbürden? Haben wir es hier nicht eindeutig mit einem Beispiel dafür zu tun, was die Ökonomen »subjektives Risiko« nennen, also »das Risiko, dass sich jemand unmoralisch verhält, weil eine Versicherung oder der Gesetzgeber ihn vor den Verlusten bewahrt, die sein Verhalten andernfalls nach sich ziehen würde«? Werden die Großbanken jetzt nicht vor großen Verlusten bewahrt und dürfen die Gewinne behalten? Kein Wunder, dass auch der linke Regisseur Michael Moore das Rettungspaket als den größten Raub des Jahrhunderts verdammt – und just diese unerwartete Deckungsgleichheit zwischen der Linken und Republikanern sollte uns zu denken geben.

Was Linke wie Rechte eint, ist ihre Verachtung für Großspekulanten und Konzernmanager, die von riskanten Entscheidungen profitieren, im Falle eines Fehlschlags aber durch »goldene Fallschirme« abgesichert sind. Man braucht nur an den Bankrott des Energieriesen Enron im Januar 2002 zu denken, der sich als ironischer Kommentar zum Begriff der Risikogesellschaft verstehen lässt. Die Tausende von Angestellten, die ihre Arbeit und ihre Ersparnisse verloren, waren zweifellos einem Risiko ausgesetzt, freilich ohne dabei eine nennenswerte Wahl zu haben – für sie hatte das Risiko die Gestalt des blinden

Schicksals. Diejenigen hingegen, die sowohl einen echten Einblick in die Risiken hatten als auch die Möglichkeit, auf Entwicklungen zu reagieren, eben die Enron-Topmanager, minimierten ihre Risiken, indem sie ihre Aktien und Optionen zu Geld machten, bevor das Unternehmen pleiteging. Es stimmt schon, wir leben in einer Gesellschaft riskanter Entscheidungen. Nur: Die Wall-Street-Manager können sich ihre Entscheidungen vorbehalten. Während die anderen – die einfachen Leute, die ihre Hypotheken abstoßern – sich damit begnügen müssen, Risiken einzugehen, ohne eine Wahl zu haben.

Ist also der Rettungsplan wirklich eine »sozialistische« Maßnahme, sozusagen die Einführung des Staatsozialismus in den USA? Wenn ja, dann freilich eine höchst merkwürdige: eine »sozialistische« Maßnahme, deren Hauptziel nicht darin besteht, den Armen zu helfen, sondern den Reichen. Also nicht denen, die sich Geld leihen, sondern denen, die es verleihen. Auf ironische Weise wäre die Verstaatlichung des Bankwesens eine gute Sache, nämlich um den Kapitalismus zu retten. Sozialismus ist schlecht – es sei denn, er stabilisiert den Kapitalismus. Wie aber, wenn ein »subjektives Risiko«, das immer die kleinen Leute trifft, in die Grundstrukturen des Kapitalismus selbst eingebaut ist? Tatsächlich hängt das Wohlergehen der Main Street von einer blühenden Wall Street ab; beides lässt sich nicht trennen. Während die republikanischen Populisten, die gegen staatliche Hilfen protestieren, aus richtigen Gründen das Falsche tun, machen die Verfechter der staatlichen Rettung aus den falschen Gründen das Richtige. Das heißt: Während das, was gut für die Wall Street ist, nicht notwendigerweise gut für die Main Street ist, kann die Main Street nicht gedeihen, wenn die Wall Street schwächelt. Diese Asymmetrie verschafft der Wall Street von vornherein einen Vorteil.

Erinnern wir uns an das konservative beziehungsweise neoliberale »Trickle-down-Argument« gegen egalitäre Umverteilung. Das Argument lautet so: Anstatt die Armen reicher zu machen, mache linke Umverteilungspolitik bloß die Reichen ärmer. Dieses Argument richtet sich aber mitnichten gegen staatliche

Fortsetzung auf Seite 64

Zu den Waffen

Bernard-Henri Lévy und Michel Houellebecq schreiben sich Mails

Besser als erwartet, so geht das vernichtende Urteil, zu dem sich die Kritik des Briefwechsels zwischen dem Schriftsteller Michel Houellebecq und dem Philosophen Bernard-Henri Lévy durchzuringen scheint. Das soeben bei Flammarion/Grasset erschienene Buch heißt doppeldeutig *Ennemis publics*; die beiden Stars des französischen Literaturbetriebs, die sich gleichwohl als Volksfeinde verfolgt wännen, zelebrieren darin ihre Gegnerschaft – und sind doch Komplizen eines Marketingdrehs. Monatlang wurden Gerüchte über das »Literaturereignis der Saison« gestreut, jetzt ist die simple Wahrheit hinter dem Gedröhn zu besichtigen: Der Bitterböse und der Immergute haben einander ein halbes Jahr lang gemailt.

Und sind sich in vielem einig, vor allem in der Wut auf ihre Kritiker. Schreiben von der »Meute«, vom »Lynchen«, von Waffen, Schlachtfeldern, Kriegen – und meinen doch nur Geschriebenes, was eine *déformation professionnelle* von Leuten ausdrückt, die vom Wort leben. Googeln unausgesetzt ihre Namen, »um am Ekzem zu kratzen«, schreibt der »Depressionist« Houellebecq. Um die Feinde schneller zu erkennen, stellt »BHL« richtig.

Petitesse. Geschenk auch die schamlose Eitelkeit der beiden, sie ist sogar ganz drollig. Sie bieten vielen vieles, manches ist auch allernhand, etwa Houellebecqs Ode an die internationale Arbeitsteilung: »Ob ich Lust darauf habe, zu sehen, dass Frankreich zu einem musealen, toten Land umgestaltet wird? Zu einer Art Touristenbordell? Ich antworte, ohne zu zögern: JA.«

Na gut. Eingebettet in diese Konversationslektüre ist aber ein Problem, nein, eine Bombe: Darf man, um die Verhältnisse zum Besseren zu wenden, zu den Waffen greifen?

Houellebecq, der Interessantere, bezeichnet sich als Atheisten der zweiten Generation. Nicht antiker, sondern opportunistisch. Er sei nicht Staatsfeind oder Staatsbürger, sondern Staatsbenutzer, schreibt er, und sei deshalb Steuerflüchtling, in Irland. Bewaffnete Kämpfe, selbst die allerbesten, ja selbst die Résistance, seien Zeitverschwendung.

Bernard-Henri Lévy kontert mit weit ausholenden Perioden und schleudert via E-Mail mit allem, was ihm einfällt, von Dürrenmatts *Besuch der alten Dame* über die komplette Philosophiegeschichte bis zu – ach, vergessen, jedenfalls ist es erschlagend viel, um zu begründen, dass der Mensch gut zu sein habe. Zur Not sogar bewaffnet.

Was beide nicht vorausahnten, ist der Kontext, in dem ihr Buch nun erscheint. In Frankreich wird die Frage aufgeworfen, ob im Zuge der weltweiten Finanzkrise soziale Erschütterungen drohen, ob und wie sich Angst und Wut entladen könnten. Und was es bedeute, dass die sich gerade neu bildende »antikapitalistische Partei« so viel Sympathie genieße. Sie hat einen verurteilten Terroristen der Action Directe in ihre Kampfesreihen aufgenommen, obwohl der in einem Interview auf der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution beharrt hatte.

Insofern ist das »Literaturereignis der Saison« mehr als nur ein Sammelsurium supertoller Einfälle, aus denen unheimlich viele Essays entstehen könnten. Es lässt sich auch als Aufschlag einer ernsthaften Diskussion lesen: über Ordnung und Zusammenhalt in einer Gesellschaft, die sich zerlegen könnte. GERO VON RANDOW

ANZEIGE

Eine Weltreise à la Scherf

Mit 32 Zeichnungen des Autors

Der ehemalige Bremer Bürgermeister bereist Nicaragua und Chile und nimmt die Gelegenheit einer Kreuzfahrt wahr, in Indonesien, Singapur, Malaysia, Myanmar, Indien und Sri Lanka Menschen zu treffen und ihre Lebensverhältnisse aufzuspüren. Ein ungewöhnliches Reisetagebuch, weitab vom Pauschalismus.

RADIUS

Im Programm des

Verlages finden Sie

weitere Bücher u. a. von Peter Bichsel, Peter Härtling, Klaus-Peter Hertzsch, Walter Jens, Eberhard Jüngel, Otto Kaiser, Werner Krusche, Reiner Kunze, Kurt Marti, Elisabeth Moltmann-Wendel, Gert Otto, Wieland Schmied, Friedrich Schorlemmer, Fulbert Steffensky, Eva Zeller. Gesamtverzeichnis beim

Radius-Verlag Alexanderstraße 162 70180 Stuttgart Fon 0711.607 66 66 Fax 0711.607 55 55 info@radius-verlag.de www.radius-verlag.de

HENNING SCHERF

Gast bei fremden Freunden

Eine Weltreise à la Scherf

RADIUS



Henning Scherf:

Gast bei fremden Freunden
Eine Weltreise à la Scherf
140 S., vierfarbig, Broschur. 15 Euro
ISBN 978-3-87173-102-0